feidigungswillen, auch des deutschen Volkes, durch neue und ganz undurchsichtige Konventionspläne einengen zu wollen.

Der Führer und Reichskanzler hat in diesen vergangenen zwei Jahren mehr als einmal darauf hingewiesen, Deutschland sei bereit, in seiner Abrüstung zu beharren, wenn auch die übrige Welt sich auf den Stand der deutschen Abrüstung begeben würde. Die Antworten auf dieses hochherzige Anerbieten sind seitens verschiedener Staaten in Europa nur ablehnend gewesen, und die Rüstungen wurden fortgesetzt. Darum ist man in Deutschland der festen Ueberzeugung, daß alle sonstigen Verhandlungen keinen wirklich aufbauenden Sinn und Zweck haben, wenn nicht die praktische Schlußfolgerung aus der theoretisch feierlich zugestandenen Gleichberechtigung auch gezogen wird in einer Weise, daß Deutschland nicht mehr als Staat zweiten Ranges bewertet wird, sondern als vollkommen gleichberechtigter Verhandlungspartner.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus ergibt sich auch die grundsätzliche Einstellung zu dem Ostpakt, der in den letzten Tagen erneut als Voraussetzung aller übrigen Dinge hingestellt wird. Auch hier liegt die Unlogik dieser Forderung auf der Hand. Deutschland soll die politische Situation im Osten Europas feierlichst garantieren und sich sogar verpflichten, unter Umständen militärisch gegen eine Verletzung dieses Zustandes vorzugehen. Diese Forderung ist widersinnig aus folgenden Gründen: Der Führer und Reichskanzler hat feierlichst betont, daß nach Rückgliederung des Saargebietes er keine territorialen Forderungen an Frankreich richten werde. Deutschland hat also nicht die Absicht, deutsches Blut zur Wiedergewinnung der an Frankreich gefallenen ehemals deutschen Territorien zu vergießen. Wie soll nun aber dieses Deutschland sich dazu verpflichten, eventuell deutsches Blut einzusetzen für irgendeinen politisch-militärischen Zustand im Osten Europas, der das deutsche Volk nur mittelbar betrifft? Dieser politische Zustand im Osten hat sich dabei unabhängig von Deutschland entwickelt. Deutschland hat in diesen 15 Jahren sich weder an den Verhältnissen der baltischen Staaten zu Rußland, noch Polens und Rumäniens zu Rußland aktiv beteiligen können und auch die ganze Politik der Sowjetregierung, die Riesenaufrüstung Sowjetrußlands, sind nicht eine Folge einer bestimmten deutschen Politik gewesen, sondern haben sich nach kommunistischen Zielsetzungen dort selbsttätig entwickelt. Die Tatsache, daß Frankreich seine weitgehenden Abmachungen mit Rußland getroffen hat, kann Deutschland nicht veranlassen, uns besehen ein französisch-russisches Machtsystem als für sich ebenfalls bindend anzuerkennen und womöglich sich sogar grundsätzlich zu verpflichten, deutsche Soldaten zur Verteidigung der russischen Grenzen nach Sibirien zu entsenden. Wir sehen auch nicht ein, welches tiefergehende Interesse England daran haben könnte, hier für eine verwickelte Situation eine politisch-militärische Garantie zu übernehmen, die britische Interessen nicht nur nicht berühren, sondern unter Umständen sogar gefährden können. Aus den Reden der russischen Verantwortlichen in der letzten Zeit hat sich der Eindruck ergeben, daß Sowjetrußland mit an der Spitze des ganzen Wettrüstens steht und stolz darauf ist. Die Pressestimmen und offiziellen kommunistischen Organe in Moskau wiederum lassen an Schärfe Deutschland gegenüber nichts zu wünschen übrig, genau so wie die Auslassungen auf dem letzten kommunistischen Kongreß. Die ganze politische Situation im Osten ist also nicht dazu angetan, ohne weiteres einem Pakte mit weitgehenden Verpflichtungen zuzustimmen, wenn nicht sämtliche Voraussetzungen und Konsequenzen mit Deutschland genau durchgesprochen und klargelegt und wenn nicht die Freiheit der Entschlüsse und die Gleichberechtigung Deutschlands sichergestellt worden sind.

Deutschland hat in diesen zwei Jahren seinen Friedenswillen so eindeutig zum Ausdruck gebracht, wie die Welt ihn eindeutiger nicht erwarten konnte. Alle haben z. B. das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen als besonders gefahrdrohend angesehen, aber keine Möglichkeit der Befriedung erblickt, bis schließlich der deutsche Kanzler gemeinsam mit dem Marschall Pilsudski eine Situation schuf, die eine friedliche Behandlung aller vorliegenden Probleme ermöglichte und eine große Gefahr für den Frieden Europas beseitigte. Die Ansprache des Führers und Kanzlers nach der Saarabstimmung an die Adresse Frankreichs war eine zweite weitgehende Friedensäußerung. Und nun ist es doch wohl an den anderen Staaten und Völkern, diesem Friedenswillen Deutschlands entgegenzukommen und der arbeitsamen und heute einigen deutschen Nation jene Forderung zu bewilligen, die man jedem großen und kleinen Volk als selbstverständliches Recht einräumt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn die kommenden Verhandlungen in diesem Sinne durchgeführt werden, ein organisches Gleichgewicht Europas gewährleistet werden kann, daß damit aber auch alle Bindungen gestärkt würden, die von Europa zu anderen Kontinenten hinübergehen im gemeinsamen Aufbau der zerstörten Werte, im Zusammenwirken mit allen jenen Nationen, die die sozial-politischen Schäden einer schweren Epoche zu heilen gewillt sind.

Copyright by King Features Syndicate, New York. Nachdruck und Uebersetzung, auch auszugsweise, verboten.

Schwere Belastung des Ehemannes Höfeld

Mutter und angeklagte Tochter sagen aus

Frankfurt, 22. Februar.

In dem Prozeß gegen das Ehepaar Höfeld und dessen 16jährige Tochter Minna, die beschuldigt werden, die jüngere Tochter zum Selbstmord gezwungen zu haben, schilderte in der Nachmittagssitzung Frau Höfeld verschiedene Mißhandlungsfälle, die ihr Mann begangen hatte. Ihrem Vater habe er einen Schlag mit der Reitpeitsche auf den Kopf versetzt. Sie selbst habe einen Schlag auf das Auge bekommen, noch heute habe sie eine Narbe davon. Frau Höfeld sagte, auch einen Ochsenziemer habe er zu den Tätlichkeiten benutzt. Sie habe einmal acht Tage nicht ausgehen können.

Mehrfach trieb er mich, so sagt die Angeklagte, durch seine Mißhandlungen aus dem Hause.

Einmal, mitten im Winter, war ich die ganze Nacht über im Klosett und zitterte vor Kälte. Wenn sich nachts die Kinder im Schlaf wälzten, wurden sie ebenfalls von dem Vater geschlagen.

Das Gericht beschloß dann, die angeklagte Tochter Minna in Abwesenheit der Eltern zu vernehmen. Die Eltern wurden darauf abgeführt und die Tochter berichtete dann, daß sie in Limburg

einmal von dem Vater mit der Reitpeitsche geschlagen worden sei, als sie Milch verschüttete.

Ein Beisitzer fragt: „Ist der Vater auch mal lieb gewesen?" — „Ja, er war auch mal gut zu uns."

Auf die Frage, ob der Vater beide Töchter gleichmäßig behandelt oder die eine der anderen vorgezogen habe, erklärte Minna, er sei sehr verschieden gewesen.

Die Angeklagte schilderte weiter die Züchtigungen, denen die Hildegard am 19. August vorigen Jahres ausgesetzt war, und sagte: „Wir waren sehr aufgeregt, als der Vater die Hildegard mißhandelte.

Wir konnten nicht hinsehen und haben geweint.

Die Hilde sollte dann in einer Kammer bei Wasser und Brot liegen und nur jeden dritten Tag richtig zu essen bekommen.

Die Angeklagte muß sich dann zu dem Verhältnis der Geschwister zueinander äußern. Sie behauptet, daß das Verhältnis gut war.

Die Mutter habe die Kinder immer vor dem Vater zu schützen gesucht

und sei auch gut zu ihnen gewesen.

Sodann wurden die Eltern wieder in den Saal geführt und ihnen die Aussagen ihrer Tochter mitgeteilt. Bei ihrer weiteren Vernehmung erzählte Frau Höfeld, daß das Weihnachtsfest 1933 geradezu furchtbar gewesen sei. „Einmal wurde ich gegen den Leib getreten, daß ich zusammenbrach. Ein andermal warf er ein Messer nach mir. Einmal äußerte mein Mann,

wenn es mit mir zu Ende geht, dann mache ich euch alle drei kalt."

Höfeld bestreitet, daß er sich so geäußert habe, und weist darauf hin, daß er dreimal Selbstmordversuch unternommen habe. Es kommen dann mehrere kleinere Verfehlungen der Hildegard Höfeld zur Sprache, wobei der angeklagten Mutter vorgehalten wird, daß sie zu der Hilde einmal gesagt hätte: „Wenn etwas passiert, dann mußt du Selbstmord begehen." Das bestreitet die Angeklagte und erklärt, sie habe geäußert: „Wenn du ein schlechtes Kind wärest, würde ich dich lieber auf dem Friedhof sehen."

Raubmörderin hingerichtet

Berlin, 23. Februar.

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Heute früh ist in dem Hofe des Gerichtsgefängnisses Plötzensee die am 26. Mai 1889 geborene Witwe Frida Juchniewicz geborene Arendt hingerichtet worden, die am 25. Mai vorigen Jahres vom Schwurgericht in Berlin wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Die Verurteilte hatte ihre Wohnungsnachbarin, die 74jährige Witwe Ida Krüger in Berlin, Kopenhagener Straße 45, überfallen, gewürgt und die Bewußtlose an einer Türklinke aufgehängt, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen.

Von dem Begnadigungsrecht ist kein Gebrauch gemacht worden, weil es sich bei der schon mehrfach vorbestraften Verurteilten um eine ungewöhnlich rohe Person von verbrecherischer Neigung handelt, die den Plan zur Tat aus eigennützigen Gründen erdacht und in heimtückischer, brutaler Weise an einer Greisin, die zu ihr in freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen stand, ausgeführt hat.

Frau Roosevelt zum Hauptmann-Prozeß

Berlin, 23. Februar.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter aus City (New Jersey) äußerte sich Frau Roosevelt über den Hauptmannprozeß. Sie sagte, sie könne zwar keine maßgebende Ansicht über den Hauptmannprozeß haben, aber sie habe den Eindruck, daß das Urteil sich ausschließlich auf mittelbarem Beweismaterial aufbaue. Sie habe keine besonderen Sympathien für Hauptmann. Trotzdem beunruhige sie doch der Gedanke, was mit einem Unschuldigen in einem gleichen Fall geschehen könne. Die ganze Verhandlung habe bei ihr einen sehr fragwürdigen Eindruck hinterlassen. Sie sei froh, daß sie nicht auf der Geschworenenbank habe sitzen müssen.

Sturm an der französischen Westküste

Mehrere Todesopfer

Paris, 23. Februar.

Der Sturm an der französischen Westküste hat am Freitagabend große Verheerungen angerichtet. Bei Lorient gerieten mehrere Dampfer und Fischkutter in Seenot. Ein Fischerboot mit einem Mann an Bord ging in den Fluten unter. Auf der Höhe von St. Nazaire kämpfen zwei italienische Dampfer mit dem Unwetter. Sie haben funkentelegraphisch um Hilfe gebeten. Bei Brest ging von dem italienischen Dampfer „Neptunos" ein Mann über Bord. Alle Rettungsversuche blieben vergeblich. In Moulin wurden von vielen Häusern die Dächer weggerissen. In Montauban stürzte ein Baugerüst ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich, von denen einer getötet wurde und zwei andere mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wurden.

Sandsturm in USA.

Kansas City, 23. Februar.

Ein ungewöhnlich starker Sandsturm fegte einen Tag lang über Nebraska, Oklahoma, Kansas, Kolorado und Texas mit 90 Stundenkilometer hinweg. Die Sonne wurde verdunkelt, so daß in den Städten tagsüber die Straßenbeleuchtung angestellt werden mußte. Der Verkehr, das Telephon und der Telegraph wurden unterbunden, der Ernteschaden, besonders in Kansas, ist bedeutend. Verschiedene Personen sind durch Einatmen von Staub getötet worden.

Grippe-Epidemie wütet noch immer

Paris, 23. Februar.

Die Grippe-Epidemie in Frankreich richtet weitere Verheerungen an. Aus der Garnison Bar-le-Duc wird ein neues Todesopfer gemeldet, aus Rouen zwei weitere Todesfälle. In Steuay liegen 500 Mann der dortigen Garnison im Lazarett, besonders schwer scheint die Zivilbevölkerung von Quimper heimgesucht worden zu sein. Hier sollen viele Fälle tödlich verlaufen sein.

10 Millionen für Schwerölmotor

Hohe französische Geldprämie für Verbesserung des Flugzeuggeschwindigkeitsrekords

Paris, 23. Februar.

Luftfahrtminister General Dénain hat eine Prämie von 10 Millionen Franken für den Erbauer eines französischen Schwerölmotors ausgeschrieben, der es einem Flugzeug oder Wasserflugzeug französischer Konstruktion gestatten würde, als erstes den internationalen Geschwindigkeitsrekord über 10 000 Kilometer in geschlossenem Rundflug ohne Zwischenlandung zu verbessern. Die Ausschreibung gilt bis zum 30. Dezember 1936.

Arbeiterinnen tauschen mit Studentinnen

Berlin, 22. Februar.

Auf Veranlassung des Frauenamtes der DAF. in Königsberg haben Arbeiterinnen, die eine längere Erholung nötig haben, für vier Wochen ihre Arbeitsplätze an 21 Studentinnen abgetreten. Die Arbeiterinnen sind für die gleiche Zeit zum Teil mit der NSG. „Kraft durch Freude" auf Reisen geschickt worden.

Berlin gedenkt Horst Wessels

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Februar.

Am fünften Todestage Horst Wessels war die letzte Ruhestätte des unvergessenen Sturmführers auf dem Alten Nikolaifriedhof das Ziel einer ungezählten Reihe von Abordnungen der verschiedensten Gliederungen der Bewegung. Den ganzen Tag über zeigte der sonst so stille Friedhof ein bewegtes Bild. Zahllos erschienen außer den Abordnungen auch Volksgenossen, die im stillen Gedenken am Grabe des Schöpfers des unsterblichen Liedes „Die Fahne hoch" verweilten. Noch in der Morgendämmerung um 6 Uhr früh zog bereits die Totenwache, die der Traditionssturm 5 (Horst Wessel) stellte, am Grabe des Toten auf. Sie nahm mit der Fahne Aufstellung, die Horst Wessel einst selbst getragen hatte. Um 8 Uhr früh zogen dann Ehrenwachen am Horst-Wessel-Krankenhaus und an der Mordstelle vor dem Hause Frankfurter Straße 62 auf. Zahllos war schon in den ersten Vormittagsstunden die Fülle der Kränze und Blumenspenden, die sich über das Grab breiteten. Alle Gliederungen der Bewegung hatten Kranz- und Blumenspenden überbracht, und kurz nach 11,30 Uhr erschien auf dem Friedhof auch der Chef des Stabes der SA., Viktor Lutze, um dem toten Sturmführer die Grüße der gesamten SA. durch eine Kranzniederlegung zu überbringen. Der riesige Lorbeerkranz, den Stabschef Lutze am Grabe niederlegte, trug die Widmung „Dem toten Kameraden. Der Stabschef." Zuvor hatte auch die greise Mutter Horst Wessels an der Grabstätte ihres Sohnes einen Tannenkranz mit leuchtenden Frühlingsblumen niedergelegt, der auf schwarzer Schleife nur die beiden schlichten Worte trug: „Unserem Horst." Kennzeichnend für die Liebe, der sich der Tote in allen Schichten des Volkes erfreut, war die Tatsache, daß in den frühen Morgenstunden viele Männer und Frauen, die zu ihren Arbeitsplätzen eilten, es sich nicht nehmen ließen, noch schnell auf den Nikolaifriedhof zu gehen, um am Grabe Horst Wessels ein Sträußchen niederzulegen.

Drei Viertel des Arbeitsplanes erledigt

Dr. Goebbels über den nationalsozialistischen Aufbau

Aachen, 23. Februar.

Reichsminister Dr. Goebbels hielt in Aachen eine große politische Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Fehler zu machen, war unser Vorrecht, weil wir im Gegensatz zu unseren Vorgängern überhaupt etwas getan haben. Die anderen, die nichts getan haben, begingen damit den schwersten Fehler. Recht zur Kritik an nationalsozialistischem Tun hat nur, wer selbst mitarbeitet. Aus der Fülle der Probleme, die zu lösen waren, haben wir in weiser Selbstmäßigung die dringlichsten herausgegriffen und mit Berserkermut angefaßt und dadurch dem deutschen Volk sein Selbstvertrauen wiedergegeben. Es ist kein Zufall, daß aus unseren blindesten Gegnern treueste Freunde geworden sind. Die Nation hat eben unseren ehrlichen Willen erkannt.

Wir haben für unsere Arbeit vier Jahre verlangt und haben in noch nicht zweieinhalb Jahren bereits drei Viertel unseres Arbeitsplanes erledigt.

Wir haben die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht, und wir haben dem weitaus größten Teil der arbeitslosen Volksgenossen wieder Arbeit und Brot gegeben und schließlich auch den Zinssatz von 6,5 % auf 4 % zurückgeschraubt.

Der Minister kam dann auf die soziale Lage des deutschen Volkes zu sprechen und erklärte, daß der Lebensstandard des deutschen Arbeiters noch vielfach zu wünschen übrig lasse. In dem Augenblick, da die Arbeitslosigkeit beseitigt sein werde, werde auch diese Frage in großzügiger Weise gelöst werden. Die Hauptsache sei, daß sich das deutsche Volk wieder zu sich selbst zurückgefunden habe.

Früher habe man sich um Hunderttausende von jungen Menschen nicht gekümmert. Heute zögen sie mit geschultertem Spaten durch die Straßen der Städte und Dörfer. Wenn man das sehe, wisse man:

eine neue Zeit ist angebrochen, und wir werden sie meistern.

Mord und Selbstmord nehmen ab

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Februar.

Die Statistik für das Jahr 1934 ergibt, daß die Zahl der Morde und Selbstmorde weiterhin abgenommen hat. Die Zahl der Verbrechen, die durch Mord und Totschlag begangen wurden, hat sich um nahezu 30 % gesenkt. Die Zahl der Selbstmorde ist um rund 5 % zurückgegangen. Führend ist bei der Selbstmordziffer diesmal der sächsische Industriebezirk mit 4,7 % der Sterbefälle, während Berlin mit 8,8 % an zweiter Stelle steht. Die niedrigste Selbstmordziffer weist das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit 1,8 % auf.

Nur noch ein Signalbuch bei der Reichsbahn

Berlin, 23. Februar.

Der Reichsverkehrsminister hat die im Jahre 1907 erlassene Eisenbahnsignalordnung neu festgesetzt. Bei der Deutschen Reichsbahn, die bekanntlich aus den früheren Staatsbahnen in Baden, Bayern, Mecklenburg, Oldenburg, Preußen, Sachsen und Württemberg hervorgegangen ist, war für jedes dieser Länder ein besonderes Signalbuch vorhanden. Am 1. April tritt nun ein neues Signalbuch in Kraft, das für alle dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen Deutschlands gilt. Die Neuregelung ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil die Signale der Länderbahnen nicht nur verschiedene Formen, sondern auch nicht voll übereinstimmende Bedeutung hatten.

Ueber 100 000 Mark Geldpreise der Reichsbahn verteilt

Berlin, 23. Februar.

Für nützliche Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Jahre 1934 rund 110 000 RM. Geldpreise an ihre Bediensteten verteilt. Daran waren 478 Erfinder beteiligt. Die Erfindungen erstreckten sich auf alle Gebiete des Eisenbahnwesens. Die Reichsbahnbediensteten sollen durch die Geldpreise angeregt werden, die technische Entwicklung des Eisenbahnwesens durch eigene erfinderische Tätigkeit zu fördern und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Justizminister Renoult vor dem Schwurgericht

Paris, 23. Februar.

Der frühere Justizminister René Renoult wird sich demnächst vor dem Schwurgericht des Seine-Departements wegen Bestechlichkeit zu verantworten haben. Renoult hatte einen Haftbefehl gegen Stavisky auf Grund seiner Beziehungen rückgängig machen lassen und von Stavisky den Betrag von 50 000 Franken erhalten. Die Pariser Anklagekammer hat der Versicherung Renoults, daß es sich um ein rechtsmäßiges Honorar handele, keinen Glauben geschenkt und seinen Fall dem Schwurgericht übergeben.